

## Motive und gesellschaftlicher Stellenwert der Redaktions-Statutenbewegung

Wer sich mit dem Problem der Inneren Pressefreiheit aufgrund gesicherter empirischer Fakten auseinandersetzen will, stößt auf die Schwierigkeit, daß er nichts aussagen kann, weil es diese Innere Pressefreiheit nicht gibt. Das heißt, er stößt auf einen hermeneutisch abgeschlossenen Bereich, in dem jene, die es angeht, schweigen. Die Quellen fließen spärlich oder gar nicht. Über die faktischen Verhältnisse, unter denen in den Redaktionen gearbeitet wird, über Rechtsverträge, Gehälter, Sanktionen, *Ingroup*-Struktur erfährt er nichts oder nur wenig.

Und das ist rechtens oder genauer privatrechtens. Denn was die Öffentlichkeit konstituiert, beruht zur guten Hälfte auf privatem Recht. Das Recht auf den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb und alle daraus folgenden Rechte, z. B. das Geschäftsgeheimnis, die Wahrung des Arbeitsfriedens usw. schließen die Öffentlichkeit aus. Und wo kein öffentlicher Zugang zu den Quellen ist, ist auch keine Wissenschaft. Ich kann die mechanischen Eigenschaften des Dampfes nicht erforschen, wenn mir der Zugang zu den Dampfmaschinen verwehrt ist.

Damit könnte ich mich auf eine einzige Aussage beschränken, die empirisch belegbar ist: es gibt keine Innere Pressefreiheit. Da nach *Hegel* wahr ist, was wirklich ist, und wirklich ist, was wahr ist, können wir es dabei bewenden lassen.

Die Besitzer der großen privaten Öffentlichkeitsmaschinen, die Zeitungsverleger, und auch die Verfügungsgewaltigen über die öffentlich-rechtlichen Öffentlichkeitsmaschinen, aus etwas anderen Gründen, die *Jürgen Seifert* dargelegt hat, lassen es auch gern dabei bewenden. Sie haben einen großen Vorrat an Ideen oder besser an Ideologie, der den Sachverhalt abdeckt. Das überzeugendste Alibi ist: das Bestehende besteht. Es funktioniert marktmäßig. Es bildet genügend Betriebskapital, um Öffentlichkeit materiell vorzustellen. Einer weiteren Garantie bedarf es nicht, schon gar nicht einer aus der Verfassung abgeleiteten institutionellen Garantie. Der größte und konsequenteste der privaten Besitzer, *Axel Springer*, hat es sich in einem ebenso scharfsinnigen wie hoch bezahlten Rechtsgutachten des Staatsrechtlers *Ernst Forsthoff* bestätigen lassen<sup>1)</sup>. Pressefreiheit, heißt es da bezüglich Artikel 5, ist die Freiheit, Druckpressen zu betreiben, ungehindert vom Staat, „wo ist hier überhaupt noch Raum für eine Interpretation.“ Aus der Verfassung ist kein weiterer Schutz abzuleiten: das Grundgesetz nennt sie selber freiheitlich-demokratisch. Die Verknüpfung ist dialektisch, das heißt, beide Prinzipien müssen „in ihrer spezifischen Unterschiedlichkeit erhalten bleiben“. Wenn einer am Ende alle Druckpressen besitzt, ist gleichwohl die freiheitlich-demokratische Grundordnung in ihrer Eigenart gewahrt, nämlich in ihrer „dialektischen Verknüpfung“.

Bezüglich der Inneren Pressefreiheit zeigt sich der Gelehrte immerhin um das geistige Wohl der Journalisten besorgt, sonst stellt er aber lapidar fest, was ist: „Ganz abgesehen davon, ob dem Ansehen des Journalistenstandes gedient wird“, schreibt Forsthoff auf Seite 33 des goldenen Büchleins, „daß man ihm das geistige Wagnis nimmt, indem man ihm eine im Geistigen risikofreie Berufsausübung vindiziert, scheitert die Innere Pressefreiheit aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen.“

Die tatsächlichen Gründe sind: der Journalist produziert eine Ware, die verkauft werden muß, er ist der „wichtigste Administrator“ einer Zeitung, womit Forsthoff wohl meint, er ist zugleich der wichtigste Kaufmann und Verkäufer seiner selbst. Ein Praktiker, der sich so sieht, Chefredakteur *Flade* von der Abendzeitung in München, sagt es gröber: „Wir sind eine Wurstfabrik wie jede andere.“

1) Ernst Forsthoff, Der Verfassungsschutz der Zeitungspressen, Frankf./M., 1969.

„Die Pressefreiheit zu einer Klasse der Gewerbefreiheit zu machen, ist, sie verteidigen, indem man sie vor der Verteidigung totschißt“, schreibt *Karl Marx* 1842, damals noch Redakteur der *Rheinischen Zeitung*. „Der Tischler wäre wenig erbaut, wenn man ihm auf die Forderung, nach Freiheit zu tischlern, die Freiheit des Philosophen gäbe.“

Wir wollen hier indessen nicht von Begriffen ausgehen, sondern vom praktisch Geschehenen, und dieses praktisch Geschehene konstituiert eine Wirklichkeit, die ebenso wahr ist, wie die von den Verlegern vertretene. Sie erlaubt ein paar Aussagen mehr. Das praktisch Geschehene ist die Auflehnung von ein paar hundert Redakteuren gegen die oben beschriebene „Machtphysik“ in Zeitungs- und Funkhäusern. Es ist die faktische Existenz von einigen Dutzend *Redaktionsstatuten* und Ansätzen von Redaktionsstatuten. Was geschehen ist, wird vielfach als utopisch abgetan. Wir scheuen uns aber nicht vor dem Wort Utopie. Die Utopie kann als Katalysator verfestigte Realitätsvorstellungen in Fluß bringen und Begriffe klären. Wohin die Interpretationsherrschaft konservativer Jurisprudenz für die Analyse der Verfassungswirklichkeit führt, beweist Forsthoffs goldenes Büchlein.

Ich gebe im folgenden erstens einen kurzen historischen Überblick über die Statutenbewegung — ich nenne sie Bewegung, weil sie ein spontaner Vorgang war, der bis heute keine festen institutionellen Formen gefunden hat, biete zweitens eine Interpretation der Vorgänge an und leite daraus drittens fünf Thesen über die gesellschaftspolitische Relevanz der Durchsetzung von Redaktionsstatuten ab.

#### *Motive der Statutenbewegung*

Die auf das Problem der „Inneren Pressefreiheit“ zielende Unruhe in den Zeitungsverlagshäusern beginnt 1966; sie artikuliert sich in Statutenüberlegungen und Entwürfen konkreter ab 1967. Als Motive sind feststellbar:

*Geschäftliche Transaktionen*, Verkäufe, Konzentrationsbewegung in der Kommunikationsbranche, bei denen ganze Redaktionen mit Mann und Maus verkauft werden. Sie treffen die Journalisten am Punkt ihrer materiellen Existenz, verschärfen empfindlich ihre Statusangst;

die Berichte über Universitäten und *Studentenunruhen* führen vor allem bei jüngeren Redakteuren zu direkten Konflikten mit Besitzern oder Verfügungsgewaltigen von Kommunikationsmitteln ;

zum Teil damit zusammenhängend: es herrscht Unzufriedenheit über *mangelnde Kommunikation und Diskussion* in den Redaktionen bei kritischen Fragen. Bessere Kommunikation würde das Informationsprodukt verbessern. Dieses Motiv ist zweifellos zum Teil eine Rationalisierung, daß Redakteure auf bis dahin verdeckte Interessen in der Redaktions- und Verlagshierarchie stoßen;

die große Koalition läßt den *Proporz* bis nach unten durchschlagen. Redakteure in den öffentlich-rechtlichen Anstalten fühlen sich vor der *balance of power* zwischen Regierungspartei und Oppositionspartei auf der Ebene der mittleren Hierarchie nicht mehr geschützt. Die früher taktisch gesicherten Spielräume sind verschwunden;

unmittelbar damit zusammenhängend läßt das *Amtshilfeersuchen* der Innenminister an die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Anstalten zwecks Voranzeige von Demonstrationen und dergleichen die Redakteure erkennen, daß unter solchen politischen Gewalt- und Interessenverlegungen der Schutz durch die öffentlich-rechtlichen Strukturen endgültig zusammenzuberechnen droht;

und schließlich — damit sind wir bei der gegenwärtigen Situation angelangt — macht sich bei politisch links engagierten Zeitungen zunehmend ein *Druck von Anzeigen-*

*kunden* bemerkbar, der von den Verlagsleitungen nicht mehr aufgefangen, sondern an die Redaktionen weitergegeben wird.

### *Politisch-ökonomische Hintergründe der Statutenbewegung*

Ich biete folgende Interpretation an, die von einem Zusammenhang zwischen diesen Faktoren ausgeht. Sie ist der Diskussion offen. 1966 ist einerseits das Jahr der Rezession, unmittelbar damit zusammenhängend, andererseits das Jahr zunehmender Konzentrationsbewegungen in der Kommunikationsindustrie, Anzeigenrückgang schädigt die Kleinen, verschärft bei den Großen das Bedürfnis, sich mit allen technologischen und Kapitalmitteln in den Besitz sicherer, möglichst geschlossener Märkte zu setzen. Man sucht den Übergang von der Marktökonomie zur Betriebsökonomie. Konkurrenz von anderen Medien wird als Bedrohung angesehen und soll durch Teilübernahme ausgeschaltet werden. In der lobbyistischen Verbindung zwischen Zeitungsverlagen, voran das Haus Springer, und regierender CDU sucht man den politischen Hebel. Er zerbricht, weil die CDU die Rezession nicht meistert.

Die politische Antwort auf die Rezession heißt große Koalition. Im Bereich der Medien heißt sie: Die brüchige Legitimation des Systems festigen, den hohen Legitimationsbedarf befriedigen, ehe aus den aufgebrochenen gesellschaftlichen Widersprüchen politische Radikalisierung folgt. Für die Berichterstattung über die Universität heißt es zum Beispiel: besänftigen, von den Ursachen ablenken, nicht auf sie eingehen, die Opfer, die entfremdeten Studentenmassen, verantwortlich machen für das, was aus ihnen geworden ist. Zeitungen wie die FAZ oder die *Welt* sind zum Beispiel nur noch Sprachrohr für Ordinarien, die trotz der Papierberge seit 1962 unbelehrt geblieben sind über die Ursachen der Universitätskrise.

Diese Veränderungen im Unter- wie im Überbau der Kommunikationsindustrie, die, wie ich meine, zusammenhängen, Veränderungen der organisatorischen Bedingung von Öffentlichkeit, die anders als organisiert nicht zu denken ist, traf die Journalisten in einem idealtypischen Selbstverständnis, das an der bürgerlichen Aufklärung des 18. Jahrhunderts und einem allerdings nie wirklich existenten liberalen Demokratiemodell des 19. Jahrhunderts orientiert war. Die Journalisten gerieten und geraten in eine sich schließende Schere: einerseits wird ihnen die materielle Abhängigkeit bis an die Grenze der Proletarisierung massiv bewußt — ein Vorgang übrigens, der sich nächstens auch bei Tausenden von Wissenschaftlern, insbesondere Naturwissenschaftlern, wiederholen wird, deren hochqualifizierte, spezialisierte Ausbildung sich nicht mit der Marktlage deckt —, andererseits müssen sie die Unmöglichkeit erkennen, diese Widersprüche entsprechend ihrem Selbstanspruch artikulieren zu können. Nach Sozialisation, Schichtzugehörigkeit, Status, macht es ihnen zum Teil sogar Schwierigkeiten, die Mechanik dieser Widersprüche zu erkennen.

Man muß das Schwankende, Unschlüssige, Inkonsequente der Statutenbewegung vor dem Hintergrund dieses Zerfalls der unabhängigen bürgerlichen Persönlichkeit sehen. Sie hat zwar einen erheblichen Marktwert, keine Zeitung kommt ohne die Werbemasche „überparteilich, unabhängig“ aus, aber seit langem keine Existenz mehr. Auch hat die Fixierung auf Springer hier eher vom Problem abgelenkt, sie führt zu Scheinkämpfen, bezahlt von Konkurrenten, die in der Frage der Innenstruktur heute nicht viel anders reagieren als Springer.

### *Widerstände*

Die Entwicklung der Statutenbewegung ist überall gleich oder ähnlich. Es bilden sich spontane Gruppen, in der Regel über informelle Kontakte. Der Stellung in der

Hierarchie nach sind es meist Redakteure unterer Stufen, Praktiker, Jüngere, in der Gehaltsskala noch nicht übermäßig Prämierte, meist mit unmittelbarer Konflikterfahrung. Die informellen Gruppen entwerfen Statute. Sie berufen Redakteurversammlungen ein. Sie ringen „um die Seelen“ ihrer Kollegen. Das ist erfolgreich in genau dem Grade, in dem die Redakteursversammlung in zeitlicher Nähe oder Ferne zu Konflikten, zu gerade gemachter Konflikterfahrung, stattfindet.

Auf dieser Stufe geschieht dann meist folgendes: die mittlere oder obere Redaktionshierarchie macht einen Gegenentwurf. Er ist in den Redaktionsversammlungen in der Regel allerdings nicht erfolgreich, hat jedoch einen Brems- und Neutralisierungseffekt. Insgesamt stoßen die Statuteninitiatoren, etwas pauschal gesprochen, auf *fünf Widerstände*,

auf die *Juristen*, das versteht sich von selbst. Wir haben eine Rechtstradition, die zunächst herrschende Interessen legitimiert, die, um mit Marx zu reden, jede einmal erfolgreich und dauerhafte Anmaßung in das Rechtsgold des Gewohnheitsrechtes verwandelt;

auf die *Praktiker*: die Sache funktioniert nicht;

auf die *hochprivilegierten* Ränge in der Redaktionshierarchie, in denen der Journalist schon selber auf die Unternehmenseite übergetreten ist, ausgedrückt in hohen Gehältern, Prämien, Umsatzbeteiligung etc. In dem Unternehmen, in dem der Journalismus am konsequentesten unternehmerisch ist, im Springer-Konzern, herrscht darum nicht von ungefähr Grabesstille bezüglich der Inneren Pressefreiheit;

sodann stoßen die Initiativen auf die eingetübten Prozeduren unserer Gesellschaft, Konflikte aus der Welt zu schaffen, auf die *Verbandspolitik*. Hier gibt es Abstufungen in den Motiven. Das Bedürfnis rascher Kanalisierung ist jedoch dasselbe;

schließlich stoßen sie auf den *Grundwiderspruch*, daß Journalisten in ihren Arbeitsverhältnissen tatsächlich nicht freier sein können als die Arbeitsverhältnisse der Gesellschaft in der sie leben. Die Probleme der Vermittlung sind darum ungeheuer schwer.

*Was tun?*

Die fünf Thesen, die ich aus dieser Tatbestandsaufnahme ableite, lauten folgendermaßen:

1. Die Statutenbewegung wird nur dann gesellschaftlich legitimiert und gesellschaftspolitisch relevant sein im Sinne von „mehr Demokratie“, wenn sie sich als Prozeß begreift, in dem Statute, also mehr Freiheit, *nur Hebel* sind, nicht aber endgültige *Ziele* im Sinne berufsständischer Privilegien von Verselbständigung einer Kommunikationselite. Sie muß darum vor allem darauf gerichtet sein, das Bewußtsein für den Zusammenhang von Kritik und Interesse zu schärfen, was nur durch Konflikterfahrung und neue Spielregeln ihres Austragens möglich ist. Im Mittelpunkt muß darum die Frage von Sanktion, Solidarisierung, kurz eine Strategie des begrenzten Konflikts, stehen.

2. Die Journalisten müssen erkennen, daß ihr Kampf um mehr Autonomie bezogen bleiben muß auf die Interessen derer, für die sie informieren, d. h. jener, die nicht das Privileg besitzen, Informationen und Meinung direkt zu verbreiten, der Unterprivilegierten im buchstäblichen Sinne. Nur in der *Treuhänderschaft* für diese Interessen sind ihre eigenen Interessen legitimiert und aufgehoben, andernfalls werden sie zu Agenten von Unternehmer- oder sonstigen Interessen, auch das buchstäblich. (Ich erinnere nur an die Anfälligkeit von Journalisten für nachrichtendienstliche Tätigkeit und pure *public-relations*-Tätigkeit.)

3. Folgerichtig bedarf die Statutenbewegung des Bündnisses mit solchen Formen der Organisation und Solidarisierung, in denen der Wille der Unterprivilegierten zur Emanzipation bisher politisch wirksam geworden ist, der gewerkschaftlichen. Die Statutenbe-

wegung bedarf des *Bündnisses mit den anderen Arbeitnehmern* des graphischen Gewerbes, mit Setzern, Druckern, Technikern. Die Vertretung der Interessen muß wechselseitig sein.

4. bedarf die Statutenbewegung des Bündnisses mit der Wissenschaft, soweit sie kritisch, nicht affirmativ ist. Der von Behauptungen und Klischees verdeckte Sachverhalt muß aufgeklärt werden: Organisationsstrukturen, Rollenverhalten, Sozialisation, sozial-psychologische Implikationen der Massenkommunikation, Kommunikationsökonomie, die schlampigen Gesetze. Wie anspruchslos die wissenschaftliche Diskussion über diesen Bereich bisher geführt wurde, zeigt die Rolle, die Frau *Noelle-Neumann* und Herr *Silbermann* in ihr spielen.

5. bedarf die Statutenbewegung der Unterstützung jener politischen Kräfte, die „mehr Demokratie“ zu ihrem (Regierungs)programm erhoben haben. Sie bedarf des Gesetzes, das die Angschwelle — in Deutschland aus seiner historischen Entwicklung

traditionell hoch — senkt und den Zusammenhang zwischen allgemeiner und besonderer

Freiheit auch im normativen Raum sichtbar macht, so wie dieser Zusammenhang auch in der Frage der Mitbestimmung unausweichlich an den Gesetzgeber herantreten wird. Der Kommunikationsbereich ist so wichtig wie der Arbeitsbereich. „Sooft eine Gestalt der Freiheit verworfen ist, ist die die Freiheit verworfen und kann überhaupt nurmehr ein Scheinleben führen... Nichts ist daher verkehrter als, wenn es sich um ein besonderes Dasein handelt, zu meinen, dieses sei eine besondere Frage. Es ist die allgemeine Frage innerhalb einer besonderen Sphäre.“ (Karl Marx).